

Misstöne beim Marathongipfel

EINIGUNG AUF KLIMA- UND ENERGIEPAKET /
GIPFEL DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS VOM 23./24. OKTOBER

Der Oktobergipfel der Staats- und Regierungschefs konzentrierte sich vor allem auf Klima- und Energiepolitik. Dank einer Marathonsitzung gelang letztlich ein Durchbruch bei diesem komplexen Dossier.

Daneben diskutierten die Staats- und Regierungschefs Maßnahmen zur Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Im Zentrum stand das vom künftigen Kommissionspräsident Juncker angekündigte milliardenschwere Investitionspaket.

Für Misstöne sorgten der sozialistische italienische Premier Matteo Renzi (durch die Veröffentlichung eines vertraulichen Briefs der Kommission) und der britische Premier David Cameron (Diskussion über die Neuberechnung der Beiträge zum EU-Haushalt).

Weitere Themen: die Lage in der Ukraine und die Bekämpfung der Ebola-Epidemie. Nach dem positiven Votum des Europäischen Parlaments ernannte der Europäische Rat zudem die neue Europäische Kommission.

Dies war der letzte Gipfel unter Vorsitz Herman van Rompuy's.

1. Große Erwartungen erfüllt? Das Klima- und Energiepaket 2030 steht

Hintergrund:

Im November vergangenen Jahres hatten sich Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten darauf verständigt, bis zum Herbst dieses Jahres verbindliche Klimaschutzziele bis 2030 vorzulegen. Dies soll die Verhandlungsposition der EU bei der im nächsten Jahr in Paris stattfindenden UN-Klimakonferenz (Conference of the Parties, kurz: „COP 21“) stärken. Bereits im März und Juni dieses Jahres hatten die Staats- und Regierungschefs auf den Sitzungen des Europäischen Rates Maßnahmen zur Reduzierung

der Energieabhängigkeit der EU von Russland beraten.

Beschlüsse:

Treibhausgasemissionen:

- Reduktion von Treibhausgasen bis 2030 um mindestens 40% (Referenzjahr 1990¹). Das Ziel ist verbindlich und soll von den Mitgliedsstaaten gemeinsam und kosteneffizient erreicht werden.

- Reform des Emissionshandelssystems (EHS): Die im Emissionshandel erfassten Bereiche (z.B. Stromerzeugung) senken die Emissionen um 43%, nicht im Emissionshandel erfasste Bereiche (Privathaushalte, Landwirtschaft, Verkehr) um 30%². Auf nationaler Ebene festzulegende Ziele berücksichtigen Solidaritätsaspekte. Ab 2021 vermindert sich die Obergrenze für maximal zulässige Emissionen um jährlich 2,2% statt bislang 1,74%. Die Schlussfolgerungen nehmen Rücksicht auf Bulgarien und Rumänien: Beide Länder haben ein Pro-Kopf-BIP unterhalb 60% des EU-Durchschnitts, weshalb ihnen 2030 als Investitionsanreizkostenlose Zertifikate aus einer neuen Reserve zugeteilt werden³.

Die bestehende NER300-Fazilität zur Förderung kohlenstoffarmer Technologien wird aufgestockt.⁴ 10% der verbleibenden Zertifikate stehen den Staaten zu, deren BIP bei

¹ Bislang : bis 2020 sollen die Emissionen um 20% CO₂ gegenüber 1990 sinken

² Referenzjahr 2005

³ Das Niveau Bulgariens liegt bei 47% und das Rumänien 54% des durchschnittl. EU-Pro-Kopf-BIP. Die an Unternehmen verkauften Zertifikate dürfen ein Volumen von 40% der den Ländern insgesamt zugeteilten Zertifikate nicht übersteigen. Bislang lag der Schwellenwert für solche Ausnahmen für Länder, deren durchschnittl. Pro-Kopf-BIP bei unter 90% des EU-Durchschnitts liegt. Dies trifft auf acht Länder innerhalb der EU zu.

⁴ Die Aufstockung erfolgt auf 400 Millionen Zertifikate (NER400)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

EVA MAJEWSKI

Oktober 2014

unter 90% des EU-Durchschnitts pro Kopf liegt.

- Die Staats- und Regierungschefs beabsichtigen ferner, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen im Verkehrssektor zu verringern. Die Kommission ist beauftragt, auch nach 2020 Konzepte zur Förderung von Elektroverkehr und erneuerbarer Energiequellen zu prüfen.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz:

In der EU soll der Anteil erneuerbarer Energien im Durchschnitt bis 2030 auf 27% steigen. Bis 2020 prüft die Kommission nochmals, ob eine Anhebung des Ziels auf 30% möglich ist. Beihilferegulungen bleiben beim Ausbau erneuerbarer Energiequellen unberührt, selbst wenn Staaten Quoten von über 27% erreichen.

Bei der Energieeffizienz gilt ein indikatives EU-Effizienzziel von 27%. Den Energiemix bestimmen die Mitgliedsländer selbst.

Interkonnektivität – Schaffung eines voll funktionsfähigen und vernetzten Energiebinnenmarktes:

Bis 2020 sollen mindestens 10% des europäischen Gas- und Stromnetzes geschaffen sein. Bis 2030 werden sogar 15% angestrebt. Insbesondere die baltischen Staaten, Portugal und Spanien sowie die Länder, die deren wichtigste Zugangspunkte zum Energiebinnenmarkt bilden, sollen dieses Ziel erreichen, indem die Instrumente des mehrjährigen Finanzrahmens und Vorhaben von gemeinsamem Interesse genutzt werden. Dies gilt insbesondere für Malta, Zypern und Griechenland, da diese nicht gut an das Binnenmarktgebiet angebunden sind. Sofern die Durchführung der Vorhaben von gemeinsamem Interesse nicht ausreicht, prüft die EU weitere Projektvorschläge vorrangig. Bei Zuschlag ko-finanziert sie. Die Kommission ist beauftragt, bis März 2015 mitzuteilen, welche Vorhaben geeignet sind, das Ziel der sog. Interkonnektivität zu erreichen.

Energieversorgungssicherheit:

Nachdem der Europäische Rat bereits im Juni kurzfristige Maßnahmen anregte, um die Energieversorgungssicherheit für den Winter des Jahres herzustellen und die Kommission ihren Bericht dazu nun vorleg-

te, verständigte er sich nun auf nachhaltige Lösungsansätze:

- Durchführung von Infrastrukturvorhaben zur Diversifizierung der Versorgungswege, insb. in Finnland und den baltischen Staaten (u. A. ‚Nord-Süd-Korridor‘);
- Schaffung von Regasifizierungs- und Speicherkapazitäten zur Notfallvorsorge. Die Europäische Kommission soll Durchführungsprobleme bei Vorhaben von gemeinsamem Interesse lösen (z.B. durch technische Beratung);
- Straffung nationaler Verwaltungsverfahren;
- Etablierung eines ‚Mechanismus‘ zum Informationsaustausch über zwischenstaatliche Energieabkommen zwischen Mitgliedsstaaten und Drittländern;
- Nutzung außenpolitischer Instrumente gegenüber strategischen Partnern und Energielieferanten

Kommentar & Ausblick:

Die Verhandlungen waren zäh und langwierig. Der politische Wille zur Einigung in Klima- und Energiefragen war jedoch klar.

Zur Abstimmung fanden ungewöhnlich viele Treffen und Koordinierungsrunden statt. Der erste offizielle Entwurf der Ratschlussfolgerungen am Tag vor dem Europäischen Gipfel sparte die Ziele des Pakets aus. Auf bindende Zielvorgaben konnten sich die Akteure trotz ausgiebiger Diskussionen im Vorfeld nicht einigen. Bundeskanzlerin Merkel, unterstützt von Frankreich, Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden und Schweden, konnte sich in ihrer Forderung nach einem verbindlichen Ziel bei der Reduktion der Treibhausgasausstöße gegen Bulgarien und Tschechien durchsetzen. Die Polin Ewa Kopacz (Polen, EVP), erstmals im Europäischen Rat mit dabei, gab u. A. in diesem Punkt gegen eine Lastenverteilung im Emissionshandel nach. Polen produzierte bis vor wenigen Jahren Strom ausschließlich aus Kohle. Das Land, das seine Kohlekraftwerke dringend sanieren muss, profitiert nun als eines von acht Ländern von der kostenfreien Zuweisung von Zertifikaten: Auf Polen entfallen von den zugewiesenen Zertifikaten ganze 60%. Im Vorfeld hatten sich

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLAF WIENTZEK
EVA MAJEWSKI

Oktober 2014

Merkel und der britische Premier David Cameron um ein Einlenken Polens bemüht. Das Verbundziel der Reduzierung der Treibhausgase um 40% könnte erreicht werden, wenn die Hauptverursacher wie Deutschland mehr leisteten. Einige Beobachter schätzen, dass im Falle Deutschlands sogar eine Einsparung von bis zu 55% möglich wäre. Zwischen 1990 und 2012 sank die Emission von Treibhausgasen bereits um 18%.

Trotz Bedenken der Polen und anderer Staaten sinkt der Emissionszertifikateumfang auf Betreiben des Ratspräsidenten Hermann van Rompuy um jährlich 2,2% statt bislang 1,74%. Der fast zum Erliegen gekommene Emissionshandel kann durch die Reduktion der Anzahl der zu handelnden Zertifikate gestrafft werden.

Im Bereich der Energieeffizienzsteigerung konnte der britische Premier David Cameron der Zielmarke 27% zustimmen, nachdem vereinbart worden war, dass diese nur ‚indikativ‘ gilt, für Großbritannien also nicht bindend ist. Ein verbindliches Ziel, das Deutschland gemeinsam mit Portugal, Dänemark, Österreich, Luxemburg und Schweden gefordert hatte, konnte nicht erzielt werden. Außerdem reduzierte man das Ziel von ursprünglich 30% auf 27%.

Einigkeit im Punkt der Interkonnektionsziele: Nachdem Frankreich zu Beginn der Verhandlungen ein konkretes Ziel kategorisch ablehnte, stimmte es auf Drängen Portugals – auch mit Verweis auf die im Juni angekündigten spezifischen Ziele – schließlich zu.

Die EU behält sich vor, nach dem Abschluss der Weltklimakonferenz in Paris im Dezember 2015 die Beschlüsse neu zu bewerten. Die Ziele sollen dann aber auf keinen Fall gesenkt werden, könnten aber bei weiterreichenden Verpflichtungen außereuropäischer Staaten erhöht werden. Mit der Forderung nach einer möglichen Steigerung der Ziele bereits vor der COP21-Konferenz in Paris konnten sich Großbritannien, Schweden, Belgien, Luxemburg und Deutschland nicht durchsetzen. Ungarn, Bulgarien, die Slowakei und Tschechien forderten sogar Korrekturen nach unten, sofern die Beschlüsse des Weltklimagipfels den europäischen Ambitionen nicht entsprächen.

Bedenklich ist, dass sich die Staats- und Regierungschefs vorbehalten, das Thema wieder aufzunehmen - selbst nach Aufnahme der Umsetzung der Beschlüsse seitens der EU-Kommission. Das übliche Verfahren sieht den Verweis an die zuständigen EU-Fachräte vor. Diese entscheiden nach dem Mehrheitsprinzip, wohingegen im Europäischen Rat das Prinzip der Einstimmigkeit gilt. Einige Beobachter werten dies als Bestreben einiger Länder, sich für alle Fälle ein Veto bei den Beschlüssen vorzubehalten.

Die Bundeskanzlerin hatte auf umfangreiche Zugeständnisse gehofft und stellte klar, dass es sich ihres Erachtens um ‚Minimalziele‘ handelte. Dennoch: Die Einigkeit ist ein Erfolg. Das Paket ist eine „sehr gute Nachricht in unserem Kampf gegen den Klimawandel“, urteilte Kommissionspräsident José Barroso: „Kein anderer Akteur hat ein so ambitioniertes Programm wie die EU“. Herman van Rompuy bezeichnete die Beschlüsse als fairen Kompromiss. Er setze die EU auf einen ehrgeizigen aber kosteneffektiven Pfad zur Erreichung von Klimaschutzzielen. In der Tat ein für den Klimaschutz wichtiger Gipfel. Der Europäische Rat konnte sich in allen relevanten Punkten verständigen.

2. Wirtschaftspolitik

Im Rahmen des Eurozonengipfels am Freitag besprachen die Staats- und Regierungschefs die allgemeine wirtschaftliche Lage in der EU und im Euroraum. Die Diskussion fand dabei vor dem Hintergrund einer unverändert hohen Arbeitslosigkeit, einer niedrigen Inflation und einer schwächelnden Konjunktur statt. Mehrere Staats- und Regierungschefs hatten im Vorfeld darauf hingewiesen, dass Haushaltskonsolidierung allein nicht Wachstum schaffen könne. Im Fokus standen daher mögliche Maßnahmen zur Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit:

Konkret besprachen die Staats- und Regierungschefs das von der Europäischen Kommission für 2015-2017 vorgesehene Investitionspaket von 300 Milliarden Euro. Die Europäische Kommission und der Rat sollen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLAF WIENTZEK
EVA MAJEWSKI

Oktober 2014

dazu bis zum Dezembergipfel konkrete Ideen präsentieren. Zudem werden etwa Mitte November sowohl eine deutsch-französische Expertengruppe als auch eine gemeinsame Task Force von Europäischer Investitionsbank und Europäischer Kommission Vorschläge und eine Liste möglicher kurz- und mittelfristiger Projekte vorlegen. Aus deutscher Sicht soll der Schwerpunkt dabei auf der Digitalisierung der Wirtschaft liegen. Juncker machte im Rahmen des EVP-Gipfels deutlich, die 300 Milliarden Euro vor allem durch Anreize für private Investitionen und nicht allein durch die Verausgabung öffentlicher Gelder erzielen zu wollen. Die von einigen Mitgliedstaaten ins Spiel gebrachte Nutzung von Mitteln des ESM zur Finanzierung des Investitionsprogramms lehnt die Bundesregierung ab. In seiner Präsentation vor den Regierungschefs betonte EZB-Präsident Mario Draghi gleichzeitig die entscheidende Bedeutung umfassender und rascher Strukturreformen für die Verbesserung des Investitionsklimas. Das geplante Investitionsprogramm soll also keine Abkehr von Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen bedeuten.

Darüber hinaus diskutierte der Eurozonengipfel auch Möglichkeiten einer verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung – ein Kernanliegen der Kanzlerin: In einer separaten Erklärung beauftragte der Eurozonengipfel die vier Präsidenten (Kommission, Rat, Eurogruppe und EZB), Vorschläge zur governance in der Eurozone zu erarbeiten. Beobachter rechnen damit, dass dann auch Ideen aus dem deutschen Non-paper zur effektiveren Gestaltung des Europäischen Semesters eine Rolle spielen könnten und die Idee der sog. Reformverträge wieder auf den Tisch kommt.

Ein zweites Diskussionsthema waren – entgegen der ursprünglichen Planung – am Rande des Gipfels auch die Haushaltsentwürfe Frankreichs und Italiens für 2015. Hintergrund: Am Mittwoch hatte die Kommission Frankreich, Italien, Malta, Slowenien und Österreich in vertraulichen Briefen angemahnt, ihre für 2015 eingereichten Etatentwürfe nochmals nachzubessern. Interessant ist, dass keines der Programmländer betroffen war. Eine endgültige Entschei-

dung, ob die Kommission die Haushaltsentwürfe ablehnen wird, ist mithin noch gar nicht getroffen. Die Kommission ließ mehrfach durchblicken, den Mitgliedstaaten entgegen kommen zu wollen. Entgegen diplomatischen Gepflogenheiten ließ der sozialistische italienische Regierungschef Matteo Renzi „im Sinne der Transparenz“ den Brief des Währungskommissars Jyrki Katainen an seinen Finanzminister veröffentlichen. Für Italien wäre es kein Problem, ein oder zwei weitere Milliarden aufzutreiben, um die Brüsseler Vorgaben zu erfüllen, so Renzi. Gleichzeitig drohte er nebulös, demnächst Daten zur vermeintlichen Misswirtschaft der EU-Institutionen offen zu legen.

Kommentar:

Ob das 300-Milliardenpaket des neuen Kommissionspräsidenten die Erwartungen erfüllt, bleibt abzuwarten. Sicher ist, dass Haushaltskonsolidierung allein kein Wachstum schafft. Sie ist aber *conditio sine qua non* für nachhaltiges Wachstum. Sicher ist ferner ist auch, dass staatliche Konjunkturprogramme noch nie nachhaltiges Wachstum geschaffen haben, sondern im Gegenteil in Marktmechanismen eingriffen und Fehlanreize generierten, die die betroffenen Volkswirtschaften teuer zu stehen kamen. Es bleibt nur ein Ausweg: Strukturreformen zur Freisetzung der Kräfte des Marktes. Die Verlautbarungen des neuen Kommissionspräsidenten werden in einigen Ländern, insbesondere Italien und Frankreich, schon begeistert so interpretiert, dass nun aus Brüssel der große Geldsegen heran rauscht, und schmerzhaft Reformen damit unterbleiben können. Der scheidende ungarische sozialistische Kommissar Andor nannte das Investitionspaket gar den ersten Schritt hin zu einer Fiskalunion. Diese Wunschträume entsprechen allerdings weder den Vorstellungen Jean-Claude Juncker's noch des für die Ausgestaltung des Pakets zuständigen EU-Kommissars Jyrki Katainen (EVP).

Das Verhalten Renzi's ist ein Affront gegen den scheidenden Kommissionspräsidenten Barroso, aber auch ein Vertrauensbruch gegenüber den anderen Staats- und Regie-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLAF WIENTZEK
EVA MAJEWSKI

Oktober 2014

rungschefs. Gleichzeitig lässt sein Verhalten auf seine bemerkenswerte Geringschätzung für den Stabilitätspakt und die Europäische Haushaltsaufsicht schließen. Renzi fällt nicht zum ersten Mal durch sein respektloses Verhalten bei Europäischen Ratsgipfeln auf. Einige Brüsseler Insider sprechen mit Blick auf die letzten fünf Monate sogar von einem geradezu „kindischen“ Benehmen des italienischen Premiers. Abgesehen von seinem demonstrativen Selbstbewusstsein hat Renzi auf europäischem Parkett bislang wenig vorzuzeigen. Italiens Stellung im Europäischen Rat ist Renzi's Haltung jedenfalls nicht zuträglich, selbst einigen seiner Parteifreunde im Europäischen Rat ist sein Verhalten bisweilen peinlich.

3. Streit um Nachzahlungen zum EU-Haushalt

Für weitere Misstöne sorgte eine kurzfristig vor allem von David Cameron anberaumte Debatte über die Neuberechnung der mitgliedstaatlichen Beiträge zum EU-Haushalt 2015. Wie bereits vergangene Woche bekannt wurde, müssen insgesamt neun Mitgliedstaaten bis zum 1. Dezember nicht unerhebliche Beträge nachzahlen, allen voran Großbritannien (2,1 Milliarden), aber auch die Niederlande. (über 600 Millionen Euro). 19 Länder, u. A. Deutschland (778 Millionen) und Frankreich (1 Milliarde Euro), werden hingegen Geld zurückerhalten.

Hintergrund: Die Beiträge der Mitgliedstaaten zum jährlichen EU-Haushalt werden auf Grundlage der Bruttonationaleinkommen errechnet. Im Herbst eines jeden Jahres kommen Vertreter von Kommission und Mitgliedstaaten zusammen, um mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres den Beitrag für das nächste Haushaltsjahr zu kalkulieren. Berechnungsgrundlage sind die von den Mitgliedstaaten gelieferten Daten. Üblicherweise fallen die Korrekturen moderat aus. In diesem Jahr waren die Abweichungen allerdings deutlich größer. Grund: In Zusammenarbeit mit Eurostat und mit Einverständnis der Mitgliedstaaten (!) wurden das Bruttonationaleinkommen und damit auch die Beiträge der

Mitgliedstaaten rückwirkend bis 2002 neu errechnet. In der Vergangenheit hatten mehrere Staaten kontinuierlich zu niedrig angesetzte Beträge nach Brüssel kommuniziert, darunter offenbar auch Großbritannien und die Niederlande. Dies erklärt die großen Abweichungen zu den bisherigen Beiträgen.

Die Zahlen liegen bereits seit dem 17. Oktober vor, dennoch wurde das Thema nicht zuletzt wegen der beträchtlichen Summen beim Gipfel nochmals erörtert. Bei der Pressekonferenz nach dem Rat verkündete der aufgebrachte britische Premierminister, diese Summe keinesfalls ohne weiteres zahlen zu wollen und kritisierte insbesondere die knappe Zahlungsfrist. Die Nachzahlungsforderung kommt für ihn wenige Monate vor den Wahlen angesichts einer unverändert starken UKIP zur Unzeit. Andere Staaten, darunter die ebenfalls mit einer umfangreichen Forderung konfrontierten Niederlande, äußerten sich zurückhaltender. Nun will die Kommission bei einem eigens anberaumten Treffen der Haushaltsminister noch in dieser Woche in Venedig die entstandenen Irritationen ausräumen, die Berechnungsmethode darlegen und mit den Mitgliedstaaten über das weitere Vorgehen beraten.

4. Ukraine & Republik Moldau

Ein Dauerthema bleiben die Entwicklungen in der Ukraine: Die Staats- und Regierungschefs begrüßten sowohl den Abschluss des Minsker Protokolls vom 5. September⁵ als auch des Minsker Memorandums vom 19. September als Schritte in die richtige Richtung. Gleichzeitig mahnen sie die Umsetzung dieser Vereinbarungen (v. A. die Einhaltung des Waffenstillstands, die Einsetzung von Grenzkontrollen und die Durchfüh-

⁵ Ziel des Protokolls ist die Beendigung des Konfliktes im Donbass. Es umfasst 12 Punkte, darunter u.a. die Vereinbarung eines Waffenstillstands, eines Geiselaustauschs die Unterstützung der OSZE-Mission, Dezentralisierung u.a. durch Gewährung eines Sonderstatus für Donezk und Luhansk, Entwaffnung und Abzug der Milizen und Söldner, Verbesserung der humanitären Situation

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
OLAF WIENTZEK
EVA MAJEWSKI

Oktober 2014

zung vorgezogener Kommunalwahlen in Donezk und Luhansk in Übereinstimmung mit dem ukrainischen Recht) an. Darüber hinaus fordern sie Russland auf, die nationale und territoriale Souveränität der Ukraine zu respektieren und zu verhindern, dass Kämpfer oder Waffen aus Russland in die Ukraine gelangen. Die Staats- und Regierungschefs lehnen zudem mögliche eigenständige Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen durch die Separatisten in Donezk und Luhansk als Verletzung des Minsker Protokolls ab. Die EU selbst will ihr Engagement im Rahmen der OSZE-Beobachtermission, der humanitären Hilfe und bei der Unterstützung von Reformen (Wirtschaft, Energiesektor, Dezentralisierung und des Minderheitenschutz) weiter verstärken. Die rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland erkennt die EU nicht an.

Die im Juli durch die EU beschlossenen Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland haben weiter Bestand. Trotz der Unterzeichnung des Minsker Protokolls steht ihre Aufhebung oder Lockerung nicht zur Debatte. Grund: Russland hält die getroffenen Vereinbarungen nicht ein. Insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte die strikte Konditionalität.

Die Staats- und Regierungschefs nahmen auch zu den Parlamentswahlen am 30. November in der Republik Moldau Stellung und riefen zur Abhaltung von fairen und freien Wahlen und zu einem fairen Umgang der Parteien miteinander auf. Anders als vom rumänischen Präsidenten Basescu gefordert, findet sich in den Schlussfolgerungen kein expliziter Hinweis auf eine EU-Perspektive für die Republik Moldau.

Kommentar:

Die EU behält in der Ukrainepolitik ihren bisherigen Kurs bei: Signale der Unterstützung an die Ukraine, Sanktionen gegen Russland, Verfolgung einer strikt politischen Lösung des Konfliktes, Vermittlung zwischen beiden Ländern (etwa beim Energiestreit oder bei der Verzögerung des Inkrafttretens der Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine). Dies entspricht der Linie der deutschen Regierungschefin. Der wiederholt

geäußerte Vorwurf einer zu nachgiebigen Haltung der Bundeskanzlerin gegenüber Russland geht an den Tatsachen vorbei: In den vergangenen Monaten hatte Deutschland im Ministerrat und im Europäischen Rat gegen einige Länder (u.a. Griechenland, Tschechien, Slowakei, Ungarn; bei diesem Gipfel v.a. Italien), die aus wirtschaftlichen Erwägungen für eine Lockerung der Sanktionen eintraten, auf einer konsequenteren Haltung gegenüber Moskau beharrt. Gleichzeitig wächst auch die Frustration über den anhaltenden Wortbruch Russlands.

5. Umgang mit der Ebola-Epidemie

Die Staats- und Regierungschefs diskutierten am Freitag auch über Maßnahmen zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie. Insgesamt hat die EU bislang rund 600 Millionen Euro im Kampf gegen die Epidemie ausgegeben, unter anderem für die Versorgung mit Medikamenten, Bereitstellung von Experten und die finanzielle Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union zur Bekämpfung der Epidemie. Bislang sind insbesondere Frankreich (in Guinea), Großbritannien (in Sierra Leone) und Deutschland aktiv. Im Vorfeld des Gipfels hatten London und Berlin auf ein größeres Engagement zur Eindämmung der Epidemie gedrängt, in einem Brief an die Staats- und Regierungschefs hatte der britische Premierminister Cameron u. A. eine Erhöhung der finanziellen Hilfe sowie stärkere Kontrollen an den EU Außengrenzen gefordert.

Die Staats- und Regierungschefs beschlossen, ihr finanzielles Engagement auf eine Milliarde zu erhöhen, verstärkt medizinisches Fach- und Hilfspersonal in die Region zu entsenden und die internationalen Fachkräfte vor Ort besser zu betreuen. Zudem soll die Europäische Kommission gemeinsam mit der Hohen Vertreterin ein Maßnahmenpaket als Reaktion auf die politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Auswirkungen der Ebolakrise erarbeiten. Auf der anderen Seite sollen EU und Mitgliedstaaten Vorsichtsmaßnahmen treffen, um Ansteckungsrisiken zu vermindern; sei es durch Koordinierung von präventiven

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

EVA MAJEWSKI

Oktober 2014

Maßnahmen, oder durch ein Screening bei der Einreise in die EU. Im Rahmen der Pressekonzferenz nach dem Gipfel kündigte die Bundeskanzlerin allerdings bereits an, die Hilfe gegebenenfalls über diese Maßnahmen hinaus ausweiten zu wollen.

Darüber hinaus ernannten Staats- und Regierungschefs den künftigen EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement, Christos Stylianides (Zypern, EVP) zum europäischen Ebola-Koordinator. Dieser soll die Kohärenz mitgliedstaatlicher, europäischer und internationaler Unterstützung gewährleisten.

6. Ernennung der Europäischen Kommission

Die Staats- und Regierungschefs ernannten zudem die neue Europäische Kommission, nachdem das Europäische Parlament bereits am Mittwoch seinerseits mit 423 von 751 Stimmen (209 Gegenstimmen, 67 Enthaltungen) grünes Licht gegeben hatte. Damit wird die neue Europäische Kommission unter ihrem Präsidenten Jean-Claude Juncker wie vorgesehen ab November ihre Arbeit aufnehmen.

7. Zypern

Der Europäische Rat rief zudem die Türkei auf, die Hoheit Zyperns über sein Küstengebiet und in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone zu achten. Ein positives Verhandlungsklima sei wichtig für die Wiederaufnahme der Gespräche zur Lösung der Zypern-Krise. Hintergrund: Am 6. Oktober hatte Zypern die Verhandlungen zur Überwindung der Teilung der Insel ausgesetzt. Grund: Die Türkei hatte die Entsendung von Schiffen in die rohstoffreiche ausschließliche Wirtschaftszone Zyperns angekündigt.

8. Ende der Amtszeit von Herman van Rompuy

Dies war der letzte Gipfel unter Vorsitz von Herman van Rompuy. Unter dem früheren christdemokratischen Regierungschef Belgi-

ens hat sich der Europäische Rat in den vergangenen fünf Jahren zu einer schlagkräftigen Institution entwickelt, die in der Bewältigung der Eurokrise und ihrer Folgen eine zentrale Rolle spielt. Gleichzeitig nahm nach Angaben vieler Beobachter die inhaltliche Tiefe der Diskussionen zu - nicht zuletzt auch die Anberaumung von außerplanmäßigen Gipfeln, die sich auf bestimmte Politikbereiche konzentrierten (Sicherheitspolitik, Digitales, Energie, Innovation, etc.). Dadurch gelang es häufig, eine neue Dynamik in diesen Politikfeldern anzustoßen, wengleich Nachverfolgung und Umsetzung der Vorhaben bisweilen unzureichend blieben.

Van Rompuy selbst überzeugte in seinem Amt sowohl als Moderator als auch als Initiator wichtiger Vorhaben: Ein Beispiel dafür ist der von ihm erarbeitete Bericht zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, der ein wichtiger Leitfaden für die finanz- und wirtschaftspolitische Agenda in der EU ist. Zudem entwickelte sich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der deutschen Bundeskanzlerin. Einiges weist darauf hin, dass diese auch unter seinem Nachfolger Donald Tusk anhält.

Das in den letzten fünf Jahren geschaffene interinstitutionelle Kräfteverhältnis ist nicht in Stein gemeißelt und wird auch davon abhängen, wie der neue Kommissionspräsident Juncker seine Rolle interpretieren wird. Gleichzeitig wäre eine Stärkung des Kommissionspräsidenten nicht notwendigerweise mit einer Schwächung des Europäischen Rats gleichzusetzen.